

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 28

Charlottenburg, Freitag, den 10. Juli 1914

Jahrg. 41

## Sperren

**Vollsperrern:** Altwasser (C. Tielsch & Co.).  
Arzberg (Pietzsch & Co.). Berlin (Schilderfabrik Bünsow,  
Müllerstr. 3). Kronach (Stoßhardt & Schmidt-Eckardt).  
Martinlamitz. Offenbach a. M. (Reich, Goldmann  
& Co.) Rehau (Zeh, Scherzer & Co.) Schorndorf.  
Stückerbach. (Karl Müller). Tettau (Sonntag &  
Söhne).

**Halbsperrern in Deutschland:** Bonn (Mehlem).  
Fürstenberg a. Weser. Hennigsdorf bei Berlin. Königszell.  
Krummenaab. Meuselwitz. Deslau (Göbel). Passau. Reichenbach.  
(Schwabe & Co.) Schlierbach. Schwarzenbach (Klein-  
reich). Sörnewitz. Triptis.

**Sperren in Oesterreich:** Buchau (Platz & Köh-  
ner). Gießhübl (Joh. Schuldes). Horn (H. Wehninger  
& Co.). Krawsta (V. Fiala & Sohn) Lään (B. Ber-  
mann). Lubau (Gebr. Martin). Meretitz (Benier &  
Co., Inh. J. Koch). Prag (Malerei Scharrer & Co.)

## Die Bekämpfung von Bleivergiftungen in der keramischen Industrie

behandelt eine kürzlich erschienene Schrift des österreichischen  
Gewerbeinspektor Ingenieur Karl Haut, in welcher die Durch-  
führbarkeit der von der internationalen Vereinigung für gesetz-  
lichen Arbeiterschutz vorgeschlagenen Grundzüge für die Regelung  
der hygienischen Verhältnisse in den keramischen Betrieben  
erörtert wird. Ingenieur Haut spricht sich vor allem dafür  
aus, die beabsichtigten Arbeiterschutzvorschriften nicht auf  
„keramische Betriebe“ zu beschränken, sondern sie auf alle  
Betriebe auszudehnen, die bleihaltige Glasuren, Emaille oder  
Schmelzfarben erzeugen oder verwenden, da in nichtkeramischen  
Betrieben, wo mit solchen Präparaten hantiert wird, die Ge-  
fahren für die Arbeiter dieselben und teilweise noch größer  
sind wie in keramischen Betrieben.

Dem in den Punkten 1—3 des Entwurfes der internationalen  
Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz ausgesprochenen  
Verbot der Verwendung von Bleiglasuren in  
der Porzellan- und Steingutfabrikation mit hoher Brennhöhe  
der Ofen und für die Herstellung gewisser Waren bei niedriger  
Brennhöhe, will Haut hauptsächlich aus technischen Gründen  
nicht zustimmen. Bei großen Betrieben, meint er, wäre ein  
direkter behördlicher Einfluß auf die Beschaffenheit der Glasur-  
masse noch eher angängig, als bei kleinen Betrieben; denn die  
großen Betriebe haben Chemiker angestellt, die im Glasurfache  
spezialisiert sind; aber der kleine und selbst der mittlere Unter-  
nehmer, der nur ein seinem Tonmaterial und seiner Ware  
angepasstes Rezept kennt, steht der Forderung nach einer Glasur-  
änderung rat- und hilflos gegenüber. In einem solchen Betriebe  
hätte manchmal ein Glasurspezialist wochenlang zu tun, um  
experimentell eine den Erfordernissen entsprechende Glasur  
festzustellen.

Dagegen erklärt sich Haut im allgemeinen einverstanden  
mit den weiteren Vorschlägen der internationalen Vereinigung  
für gesetzlichen Arbeiterschutz, die darauf abzielen, die allmähliche

Verwendung bleifreier Glasuren zu veranlassen durch Belehrung  
und Unterstützung aller Inhaber keramischer Betriebe, welche  
die Einführung bleifreier Glasuren praktisch versuchen wollen,  
sowie durch scharf gehandhabte hygienische Maßnahmen für  
Betriebe mit Bleiglasuren.

Belehrend über die Verwendung bleifreier Glasuren ein-  
wirken könnten z. B. Fachschulen für Keramik. Ferner könnten  
den Rat bedürftigen Unternehmern Glasurrezepte oder Proben  
zur Anstellung von Versuchen kostenlos zur Verfügung gestellt  
werden. Wenn auf Antrag von Unternehmern Versuche durch  
die Behörden angestellt werden, so wäre nur die Mühewaltung  
der betreffenden Organe zu vergüten, während die Kosten des  
Materialverbrauchs, der Abnützung der Einrichtungen von Ver-  
suchsanstalten usw. vom Staat zu tragen wären. Weiter meint  
Haut, daß man inländischen Unternehmungen, welche bleifreie  
Glasuren für den Verkauf erzeugen, von staatswegen  
Begünstigungen zuerkennen sollte, sei es in Form von Sub-  
ventionen, oder in Form von Ermäßigung beim Bezug von  
Brennmaterial aus staatlichen Kohlenruben, vom speisenfreien  
Transport der bleifreien Erzeugnisse durch Post und Bahn  
während einer bestimmten Reihe von Jahren usw.

Als sehr wichtig angesehen wird die Berechtigung der  
Gewerbeaufsichtsbeamten zur Entnahme von Glasurproben in  
den Betrieben, da sonst eine wirksame Kontrolle ausgeschlossen  
ist, zumal viele keramische und andere Unternehmungen  
Glasuren usw. fertig beziehen, ohne selbst zu wissen, ob diese  
Präparate bleifrei sind oder nicht. Die Behälter, wo Blei-  
präparate geliefert, verwahrt oder verwendet werden, sollen  
mit der Bezeichnung versehen werden, daß ihr Inhalt gift-  
haltig ist.

Nicht ratsam wird der Vorschlag betrachtet, den Behörden  
eines jeden Landes die Befugnis zu geben, in Einzelfällen  
Änderungen der Glasurmasse zu verlangen, weil das die  
Internationalität der Schutzmaßregeln heinträchtigen könnte.  
Die strengeren Behörden eines Reichs würden bei Aus-  
übung einer solchen Befugnis die inländischen Betriebe jenen  
eines andern Reiches gegenüber, dessen Behörden t o l e r a n t e r  
sind, konkurrenzunfähig machen.

Die Vorschriften zur Verhütung der Staubentwicklung  
beim Mischen, Malen und Transportieren der Glasurmasse  
wünscht Haut nicht auf die Handhabung mit bleihaltigen  
Materialien beschränkt, sondern sie sollen gegen die Staubgefahr  
im allgemeinen gerichtet sein. Die in dem Entwurf enthaltene  
Detailierung der Mittel zu diesem Zweck sollte fallen gelassen  
werden, weil der Staubentwicklung auch in anderer Weise  
vorgebeugt werden kann. Die in anderen Punkten des Ent-  
wurfs angegebene ganz bestimmte Art der Staub-  
beseitigung erscheint praktisch gleichfalls verfehlt.

Die Forderung eines Mindestluftstroms von 15 Kubit-  
metern pro Arbeiter wird für begründet gehalten, nicht aber  
jene betreffend eine Mindesthöhe der Arbeitslokale von  
3 1/2 Metern. Denn der Bleistaub, um den es sich hauptsächlich  
handelt, ist infolge seines großen spezifischen Gewichts in den  
hohen Luftpartien eines Arbeitsraumes fast garnicht vorhanden.  
Bei gleichem Luftstrom ist der Bleistaub in einem hohen Lokal  
viel mehr konzentriert als in einem niedrigen. Praktischer  
wäre es, ein Mindestbodenausmaß pro Mann vorzuschreiben.

Bei dem Punkt betreffend die periodische ärztliche Unter-  
suchung der Bleiarbeiter wäre nach Hauts Ansicht anzugeben,  
wer die Kosten dieser Untersuchungen zu tragen habe, ob der

Staat oder der Unternehmer. Wenn in der Hinsicht nicht internationale Uebereinstimmung besteht, so leidet die Konkurrenzfähigkeit der Keramikindustrie in jenen Staaten, wo die Unternehmer selbst die Kosten der ärztlichen Untersuchungen zu zahlen haben.

Endlich wendet sich Haut gegen die Bestimmung, daß die Unternehmer jene Arbeiter, welche von den Amtsärzten für die Weiterbeschäftigung bei Bleiarbeiten untauglich befunden wurden, während einer von den Ärzten zu bestimmenden Zeit nicht entlassen dürfen, sondern bei anderen Arbeiten beschäftigen müssen.

Im Anhang seiner Schrift druckt Haut einen eigenen Vorschlag zum Schutze der Arbeiter in solchen Betrieben ab, wo Glasuren, Emaille oder Schmelzfarben erzeugt oder verwendet werden. Da der Autor seit vielen Jahren als Gewerbeaufsichtsbeamter mit den Arbeitsverhältnissen vertraut ist, so verdienen seine Vorschläge gewiß Beachtung, obzwar damit keineswegs gesagt ist, daß man sie kritiklos hinnehmen soll.

F.

## Vom Wert.

Die „Ueberproduktion“ soll schuld an der Krise sein. Das ist natürlich nicht so zu verstehen, als wenn mehr Waren produziert werden, als die Menschen brauchen können, denn jede Arbeiterfamilie könnte gut und gern doppelt so viel verbrauchen, als ihr jetzt zu Gebote steht, und würde darum noch kein Schlemmerleben führen, sondern es werden mehr Waren produziert, als die Menschen kaufen können. In der Tat, das Einkommen des deutschen Arbeiters wird heute, wenn man schon sehr hoch schätzt im Durchschnitt allerhöchstens 1300 Mark betragen. Dafür kann er nicht viel kaufen. Nun gibt es in Deutschland gegenwärtig mindestens 20 Millionen Arbeiter. Man denke sich, daß jeder von ihnen 500 Mark mehr pro Jahr ausgeben könnte, dann würde auf der Stelle eine Warenmasse im Werte von 10 000 Millionen mehr abgesetzt werden; von Abjahstodung, Krise, schlechtem Geschäftsgang könnte keine Rede sein.

Es scheint also hier eine wirkliche Harmonie zwischen Kapital und Arbeit vorzuliegen. Die Arbeiter haben Interesse an höheren Löhnen, um mehr kaufen zu können; die Kapitalisten haben Interesse daran, ihre Waren abzusetzen, deren Käufer zum allergrößten Teil die Arbeiter sind. Wenn die Dinge so liegen, dann ist ja das Mittel mit Händen zu greifen, das aller Not ein Ende machen muß: man erhöhe die Löhne sämtlicher Arbeiter um, sagen wir, je 500 Mark. Als bald wird der Konsum gewaltig zunehmen, Handel und Wandel werden blühen, die Kapitalisten werden die herrlichsten Geschäfte machen, und alles wird in Eintracht und Frieden beieinander leben.

Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß die Kapitalisten jeden, der einen solchen Vorschlag macht, für einen Irrenhäusler ansehen würden. Sie würden ihn ablehnen, ohne sich auch nur in eine Diskussion darüber einzulassen, denn sie wissen ganz genau, daß die Lohnerhöhung aus ihrer Tasche fließen müßte. Sie wissen ganz genau, daß sie kein Interesse daran haben, erst den Arbeitern 10 000 Millionen Mark zu geben, damit die Arbeiter für dasselbe Geld hinterher bei ihnen Waren kaufen. Sie wissen ganz genau, daß sie dabei nur verlieren, aber nichts gewinnen können.

Es ist aber notwendig, festzustellen, daß dieses praktische Verhalten der Kapitalisten in krassem Widerspruch steht zu den Lehren, die sie selbst verbreiten oder durch ihre Professoren verbreiten lassen. Ihr praktisches Verhalten zeigt, wie sicher sie sich bewußt sind des Gegensatzes zwischen Lohn und Profit; je höher der Lohn des Arbeiters, desto niedriger der Profit des Kapitalisten. Deshalb widersteht sich der Kapitalist nach Kräften jeder Lohnerhöhung: damit gibt er jedoch zu, daß der Profit ein Teil jenes Wertes ist, den die Arbeit geschaffen hat, daß also der Profit entsteht durch das was die ökonomische Wissenschaft die „Ausbeutung“ des Arbeiters nennt.

Ganz anders dagegen lautet die Lehre, die von der bürgerlichen Nationalökonomie verbreitet und von der Kapitalistenklasse begünstigt wird. Danach soll der Kapitalprofit in keinem Zusammenhang mit der Arbeit stehen. Zu den Unkosten, die die Herstellung einer Ware verursacht, gehört auch der Arbeitslohn. Aus der Gesamtsumme der so entstandenen Kosten wägt der Kapitalist einen gewissen Prozentsatz, und den Preis, der auf diese Weise herauskommt, muß der Konsument bezahlen. Hiernach wäre es nicht der Arbeiter als Produzent aus dem der Profit herausgeholt wird, sondern der Käufer der Ware, der Konsument.

Ein Zahlenbeispiel mag die Sache erläutern. Nehmen wir an, die sämtlichen Unkosten für die Fabrikation einer bestimmten Ware — außer dem Arbeitslohn — betragen 15 Mt.; soviel muß der Fabrikant zunächst ausgeben, um das an Rohstoffen, Maschinen usw. heranzuschaffen, was nötig ist, um die Arbeiter zu beschäftigen; dazu kommt der Arbeitslohn, sagen wir 5 Mark, dann hat der Kapitalist im ganzen 20 Mark Unkosten. Hierauf schlägt er den in seiner Branche „üblichen“ Satz von 25 Prozent, der Preis beträgt demnach 25 Mark, und der Konsument muß diese überschüssenden 5 Mark tragen, die den Profit des Kapitalisten ausmachen.

Wenn die Dinge so lägen, wenn also wirklich der Preis gewissermaßen automatisch aus den Selbstkosten plus „üblichem“ Aufschlag entstände, dann hätten ja die Kapitalisten das allergrößte Interesse daran, daß ihre Selbstkosten möglichst hoch sind; denn um so höher wäre dann auch der Profit. Wenn in unserem obigen Beispiel es den Arbeitern gelänge, ihren Lohn um 4 Mark zu erhöhen, so daß die gesamten Selbstkosten des Kapitalisten 24 Mark ausmachten, so würden 25 Prozent davon gleich 6 Mark sein; die Ware würde zu 30 Mark verkauft werden, und der Profit wäre von 5 auf 6 Mark gestiegen. Allenfalls könnte man den Einwand erheben, daß es den Kapitalisten Schwierigkeiten machen möchte, die verteuerte Ware abzusetzen; die Käufer würden vielleicht wegen des gestiegenen Preises darauf verzichten. Aber gerade für den Fall, den wir hier im Auge haben, fällt dieser Einwand fort, denn hier handelt sich's ja darum, daß jeder Arbeiter 500 Mark Zulage erhält; alle Waren würden demzufolge verteuert, und die Konsumenten könnten sich dieser Verteuerung auf keine Weise entziehen, denn auf alle Waren können sie nicht verzichten.

Indem die Kapitalisten sich gleichwohl einer solchen allgemeinen Lohnerhöhung widersetzen, zeigen sie, daß sie den Lehren ihrer Professoren — die sie z. B. bei Streiks gern den Arbeitern entgegenhalten — keinerlei Einfluß auf ihr eigenes praktisches Verhalten einräumen. Der wirkliche Zusammenhang der Dinge ist eben ganz anders. Aller vorhandene Wert, also auch der Profit der Kapitalisten, ist durch Arbeit geschaffen. Eine gewisse Summe von Wert ist stets durch früher geleistete Arbeit vorhanden. Sie steckt in den vorhandenen Waren. Wenn man sich nun nicht einen einzelnen Fabrikanten mit seinen Arbeitern vorstellt, sondern die ganze Kapitalistenklasse und die ganze Arbeiterklasse, so liegt die Sache folgendermaßen.

In den Rohstoffen, Maschinen und sonstigen Vorräten, die zur Produktion gebraucht werden, steckt eine bestimmte Summe Wert; sagen wir 15 (z. B. 15 000 Millionen Mt.). Durch die Arbeit die jetzt beginnt, wird neuer Wert geschaffen; sagen wir 10; dann ist der Wert der gesamten fertigen Warenmasse schließlich = 25. Die ersten 15 ersetzen das, was die Kapitalisten zum Ankauf der Materialien haben ausgeben müssen; der Rest von 10 bleibt übrig zur Verteilung zwischen Kapitalisten und Arbeitern. Mehr als diese 10 ist nicht da, hierin müssen Kapitalisten und Arbeiter sich teilen. Folglich, je mehr davon den Arbeitern zufällt, desto weniger bleibt für die Kapitalisten übrig. Bekommen die Arbeiter einen Lohn von 5, so hat die Kapitalistenklasse einen Profit von 5. Steigt der Arbeitslohn auf 6, so beträgt der Profit nur noch 4, usw. Freilich werden die Kapitalisten den Versuch machen, ihren Verlust durch Preiserhöhung auf die Konsumenten abzuwälzen, und es ist auch denkbar, daß ihnen dies in dem einen oder anderen Falle gelingt. Aber das kann immer nur ein vorübergehender Erfolg sein, denn die Konsumenten würden auf diese Weise bald ausgepumpt sein; mehr, als sie haben, können sie nicht geben. Die Arbeit dagegen ist der immer wieder frisch sprudelnde Quell, woraus immer wieder neuer Profit geholt werden kann.

Dies also ist das wirkliche Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Profit und Lohn: ein Widerspruch, ein Gegensatz schlechthin, zwischen denen es keine Versöhnung geben kann. Die Kapitalisten sind sich darüber auch vollkommen klar. Es ist notwendig, daß sich die Arbeiter ebenso klar darüber werden.

(Lichtstrahlen.)

## II. Deutscher Genossenschaftstag.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat in diesem Jahre seine Generalversammlung vom 14. bis 16. Juni in Bremen abgehalten. Nach dem Geschäftsbericht hat sich der Zentralverband im verflossenen Jahr gut entwickelt. Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften fiel von 1200 auf 1197, dagegen stieg die Mitgliederzahl in diesen Genossenschaften von 1 495 501 auf 1 633 644. Die Zahl der beschäftigten Personen

wuchs im Berichtsjahr von 26 402 auf 29 276. Das Gesamtvermögen betrug am Jahresabschluß 257,4 Mill. Mk., das sind 38,1 Mill. Mk. mehr als im Vorjahr. Der Warenumsatz der Großeinkaufsgesellschaft belief sich im Berichtsjahr auf 154 047 316,22 Mk., gegen 135 907 173,21 Mk. im Vorjahr.

Das sind recht respektable Zahlen, mit denen die Genossenschaften aufwarten können. Und dennoch ist das Erreichte, wie Kaufmann-Hamburg auf dem Genossenschaftstag ausführte, im Hinblick auf das Ziel, den Konsum zu organisieren, noch recht gering.

Nach debatteloser Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes sprach H. Bäcklein über die Bestrebungen zur Revision des Genossenschaftsgesetzes. Es sei zugegeben, daß bezüglich der Finanzgebarung, der Haftverpflichtung, der Bilanzaufstellung u. c. im deutschen Genossenschaftswesen manches besserungsbedürftig sei. Andererseits gehe die Praxis bei den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes weit über die gesetzlichen Erfordernisse hinaus. Die Praxis sei überhaupt besser als ein gesetzliches Eingreifen geeignet, die nötigen Sicherheiten zu schaffen.

Im Reichstage ist von Zentrumsabgeordneten beantragt worden, das Genossenschaftsgesetz einer Revision zu unterziehen. In einer vom Bremer Genossenschaftstag genehmigten Resolution wird darauf hingewiesen, daß die meisten Abänderungsvorschläge der Zentrumsabgeordneten in Widerspruch stehen mit den Grundsätzen der Selbstverantwortung und der wirtschaftlichen Freiheit der Genossenschaften.

Nachdem sodann Rupprecht den Bericht der Fortbildungskommission erstattet und dabei die Einrichtung von Spezialkursen für die Angestellten der großen Konsumvereine, besonders in Betriebslehre, angekündigt und nach dem weiter A. von Elm kurz über die Unterstützungskasse des Zentralverbandes berichtet hatte, ging Dr. August Müller in bemerkenswerter Weise auf die Tätigkeit des Tarifamtes ein. Er verwies auf eine Resolution, die auf der Leipziger Tagung der Reichsaktion der Lagerhalter angenommen und in der darüber geklagt wurde, daß einzelne Genossenschaften die Schiedssprüche nicht anerkennen. In der Entschliegung wurde ferner der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der Zentralverband der Konsumvereine dahin wirken müsse, daß die Genossenschaften die Schiedssprüche anerkennen, widrigenfalls der Handlungsgehilfenverband beauftragt werde, die Verträge zu lösen und die Vereine, die den bestehenden Verträgen nicht nachkämen, als vertragsbrüchig zu veröffentlichen. Der Berichterstatter bemerkte dazu, daß der Zentralverband nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne, wenn einzelne Vereine den Vereinbarungen nicht nachkommen. Ein derartiges Verhalten sei allerdings zu mißbilligen. Dem Tarifamt sei von beiden Seiten ein gutes Zeugnis auszustellen.

Zu einer recht lebhaften Debatte führte am dritten Verhandlungstage das Referat Dr. Müllers über den Abschluß von Tarifen mit den Bäckern und Transportarbeitern. Der Redner wies darauf hin, daß die Verhandlungen diesmal erschwert worden seien durch die Höhe der gewerkschaftlichen Forderungen. Bei der Aufstellung der Forderungen müsse man sich mehr an dem Erreichbaren halten. Es wäre besser, wenn sich in Zukunft die Vorstände vorher über die Grenzen verständigten, die bei dem Abschluß eines Tarifes einzuhalten seien. Ein Genossenschaftler dürfe sich nicht allein von sozialpolitischen Idealen leiten lassen, er habe auch auf die Konkurrenz Rücksicht zu nehmen. Die alte Gemütlichkeit in den Konsumvereinen sei dahin, sie müßten heute sehr genau kalkulieren. Dem Tarifamt blieb es überlassen, über die Lohnzulage zu entscheiden, weil hierüber eine Einigung nicht zustande kam. Grundsätzlich wurde entschieden, daß alle Arbeiter einen Anspruch auf eine Lohnzulage von zwei Mark haben sollen, auch dann, wenn sie den tariflich festgelegten Lohn bereits erhalten. Ueberstunden sollen mit 5 Proz. Zuschlag vergütet werden. Die Ferien sind für große und kleine Orte gleichmäßig festgesetzt: bis zu einer fünfjährigen Beschäftigungsdauer eine Woche, darüber hinaus zwei Wochen. Die Lohnaufbesserungen betragen etwa 11 bis 13 Proz. rechnet man die Ausgaben für Ferien hinzu, so wird eine Mehrbelastung von 14 bis 15 Proz. herauskommen.

Nach Schluß der Debatte genehmigte der Genossenschaftstag die Tarife mit großer Majorität. Dagegen stimmten 56 Delegierte.

Nach weiteren Beratungen innerer Organisationsfragen, besonders des Plans zur Verteilung der Zuwendungen an die Revisionsverbände, und nach Wiederwahl ausscheidender Vorstands- und zweier Ausschußmitglieder konnte die Tagung geschlossen werden.

## Zur Generalversammlung

Zur Diskussion über alle die Generalversammlung angehende Fragen stehen jedem Verbandsmitgliede die Spalten der „Ameise“ zur Verfügung.

Die Einsendungen, für deren Inhalt die Redaktion keine Verantwortung übernimmt, können aber nur mit dem Namen des Einsenders veröffentlicht werden.

Die Redaktion.

## Verbands-Angelegenheiten

**Situationsbericht.** Altwasser sucht wieder einmal Dreher, die nicht dem Verband angehören. Altwasser hat in gleicher Weise wie die ostelbischen Großgrundbesitzer, und wahrscheinlich auch aus gleicher Ursache chronischen Arbeitermangel und sucht deswegen beständig Arbeitskräfte, natürlich nur solche, die das Kunststück fertig bringen, zu den in Altwasser gegebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen existieren zu können. Altwasser ist gesperrt um unsere Kollegen vor Schaden zu bewahren.

**Schorndorf.** Der Maler, der für die Kunstabteilung als Figurenmaler engagiert war, hat dem Betriebe bereits den Rücken gekehrt und ist genötigt, wie fast jeder, der das Schorndorfer Porzellan-Eldorado verläßt, sich mit der Firma Bauer & Pfeiffer vor Gericht herum zu schlagen, um zu seinem Recht zu gelangen. Das Ansfinnen, Streikarbeit gewöhnlichster Art in der Geschirrabteilung zu verrichten, hat der betreffende Maler, obwohl nicht organisiert, doch entrüstet zurückgewiesen, und die Firma zur Erfüllung des mit ihm abgeschlossenen Vertrages angehalten, natürlich ohne Erfolg. Jetzt sucht die Firma als neueste Kategorie von Arbeitswilligen „Musterzeichner“. Dem Bernehmen nach haust die Firma jetzt die Kunstgewerbeschulen, Akademien etc. nach Musterzeichnern ab, die eben erst die Schule verlassen haben. Die Firma scheint darauf zu spekulieren, daß die Absolventen von Kunst- und Fachschulen, wenn ihnen die Auffassung beigebracht wird, daß sie nicht als gewöhnliche Arbeiter, bezw. als gewöhnliche Arbeitswillige, sondern als etwas „besseres“ engagiert sind, in dieser kritischen Zeit am besten und leichtesten zu erreichen sind. Wir warten auch den Erfolg dieses neuesten Tricks ab, in der Ueberzeugung, daß die Herren Musterzeichner sehr bald von selbst begreifen werden, daß zwischen einem Musterzeichner, wie sie sich ihn vorgestellt haben, und einem arbeitswilligen Porzellanmaler doch ein gewaltiger Unterschied ist. Dazu kommt, daß es doch eben Schorndorf ist, wo sie ihre Künste im „Zeichnen“ probieren sollen; in Schorndorf regelt sich der Abgang schon von selbst, dafür ist zur Genüge gesorgt. Auf jeden Fall ist es aber notwendig, überall aufmerksam zu machen, daß in Schorndorf nicht Musterzeichner, sondern Arbeitswillige gebraucht werden.

**Tettau.** Die Differenzen bei der Firma vorm. Sonntag & Söhne, G. m. b. H., befinden sich noch in der Schwebe. Anscheinend wird im Verlauf dieser Woche die Entscheidung darüber fallen, ob es eine Möglichkeit gibt, in Tettau den Frieden zu erhalten, oder ob es zum allgemeinen Kampfe kommt. Auf die bestehende Sperre, die über den ganzen Betrieb verhängt ist und für alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied Geltung hat, müssen wir aufmerksam machen und verlangen, daß jedweder Zuzug nach Tettau unterbleibt, bis die Differenzen erledigt sind.

**Waldenburg.** Bei der Firma K. Krister sind verschiedene Forderungen eingereicht worden. Ueber den weiteren Verlauf werden wir berichten.

**Oesterreich.** Die Sperren über Meretig bei Klösterle (beide Firmen Benier & Co. sowie Luma), Lubau bei Pödersam (Firma Gebrüder Martin), Horn bei Elbogen (Firma Heinrich Wehinger) Budapest (Ungarn) Firma Drasche, bestehen fort. Die Differenzen in Saindorf-Mildeneichen, Firma Robrecht, sind noch nicht erledigt. Zuzug nach allen vorgenannten Orten ist streng fernzuhalten.

**Norwegen.** Die Sperre für Emaille-Schriftmaler ist wieder aufgehoben.

### Der Geschäftsgang in der Thüringer Porzellanfabrikation.

Nach dem Bericht der Coburger Handelskammer war der Geschäftsgang ein guter. Beklagt wird aber über nachlassenden Bedarf im figürlichen Genre infolge der modernen Möbeleinrichtungen. Die elektrotechnische Branche beklagt die enorm gewachsene Konkurrenz und die dadurch entstandene Unterbietung der Preise. In der Feinsteingutfabrikation war der Geschäftsgang insofern zufriedenstellend, als im Berichtsjahre sowohl der Gesamtumsatz als die Verkaufspreise auf gleicher Höhe wie im Vorjahre gehalten werden konnten. Allerdings gestaltete sich das Geschäft in der zweiten Hälfte des Jahres im Inlande schleppend, und beschränkten sich die von den Händlern erteilten Aufträge auf den notwendigsten laufenden Bedarf.

Die Porzellanfabriken im Bezirk Erfurt stellen vorwiegend Phantasioporzellan her und haben ihre Hauptabsatzgebiete in Amerika. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde im Frühjahr 1913 durch die in Aussicht genommenen Zolländerungen in Mitleidenschaft gezogen. Infolgedessen ist das Geschäft im Berichtsjahre fast allgemein ins Stocken geraten. Als bekannt wurde, daß die Herabsetzung des Eingangszolles für dekoriertes Porzellan nur 5 Proz., d. i. etwa soviel, als die Seefrachterhöhung ausmachte, betragen würde, kehrte die Kauflust der Porzellan-Importeure in einem gewissen Grade zurück. Der Absatz in Deutschland und nach den europäischen Exportländern kann zufriedenstellend genannt werden.

Im Bezirk Gera war die Fabrikation infolge der Unruhen auf dem Balkan und in Mexiko schwierig. Von den süd- und mittelamerikanischen Ländern brachte nur Argentinien Aufträge. Das Geschäft nach China und Nordamerika lag ebenfalls danieder, besserte sich aber am Jahresluß. Gut war das Geschäft nach England und den englischen Kolonien und nach Deutsch-Südwestafrika.

**Hotelgeschirr.** In New York wurde vor einiger Zeit ein neues Riesenhotel eingerichtet, das mit dem modernsten Komfort versehen worden ist. Große Aufmerksamkeit wurde natürlich auch der Innenausstattung zugewendet. Speziell die Porzellane waren besonders ausgelacht worden und die Direktoren des Hotelunternehmens besichtigten vorher die besten Erzeugnisse der leistungsfähigen Fabriken in England, Frankreich, Oesterreich und Deutschland. Das Resultat war, daß man dem Hotelgeschirr einer oberfränkischen und einer oberpfälzischen Porzellanfabrik den Vorzug gab und diese beiden Fabriken mit der Lieferung beauftragte.

Der Gesamtumsatz der Hamburg-Amerika-Linie in Porzellan, Steingut, feuerfestem Geschirr und Glas betrug im vergangenen Jahre 450 000 Mark. Die Porzellanlieferung für das größte Schiff der Welt „Waterland“ ist ebenfalls bayrischen resp. süddeutschen Fabriken übertragen worden. Für die 1., 2. und 3. Klasse kommen Tafelgeschirr aus Porzellan mit einfacher vornehmer Dekoration in Betracht. Hierzu sind allein etwa 20 000 Teller erforderlich. Außerdem sind für Zwischendeckspassagiere und Mannschaften eine große Menge gewöhnlicher weißer Steingutteller erforderlich. Es wäre ja auch zu schrecklich, wenn die Zwischendeckproleten einen eben solchen Futternapf bekämen wie die Erstklassigen. Denn die Klassenunterschiede müssen überall zutage treten, sei es zu Wasser, zu Lande oder in der Luft.

**Verurteilung wegen Einfuhr von gefälschtem Sevres-Porzellan in Frankreich.** Nach einer Mitteilung einer Berliner Firma wurde kürzlich in Paris ein Herr, der in Deutschland hergestellte und mit einem verschlungenen R gestempelte Porzellane als Sevres-Porzellan in den Handel zu bringen suchte, zu 8 Tagen Gefängnis mit Fristausschub verurteilt, obgleich er anführte, daß diese aus der Zeit Ludwigs XV. und XVI. stammende Marke längst der allgemeinen Benutzung verfallen sei und dies die Erlaubnis zur Einfuhr der in Deutschland hergestellten Porzellane ist.

**Dresden.** In der letzten Zeit wurden im „Sprechsaal“ öfters tüchtige Dregger gemutet. Eine große Anzahl von Kollegen wird ja die suchen. Firma kennen gelernt haben, trotzdem wollen sie die „Ameise“ verewigen. Viele Kollegen werden sich dadurch Schaden bewahren können.

Es ist die Firma Heimlich & Klemm, Tonwerke in Königsbrunn. Die Firma kann im ganzen 4 Dreher und in der Gießerei 4 Mädchen beschäftigen. Die weiblichen Arbeitskräfte meint die Firma zu bekommen. Sie arbeiten für den

horrenden Lohn von 12—16 Pfennig pro Stunde. Außer männliche Kollegen sind dem Rufe der Firma schon eine ganze Anzahl gefolgt. Sie mußten dann regelmäßig einsehen, daß unter den bestehenden Verhältnissen an ein Auskommen nicht zu denken ist. Das Geschäft ist noch neu und da glaubt die Firma auf Kosten der Arbeiter sich einführen zu können. Von den vorhandenen 4 Galgen waren schon einmal 3 besetzt, teilweise von unseren Kollegen. Als Entgelt für ihre Tätigkeit belamen sie pro Stunde 35—40 Pfennig. Im Allord hätte sie dies noch nicht erreichen können. Unter diesen Umständen werden unsere Kollegen gut tun, die Besuche der Firma vor sichtig aufzunehmen, sich vor allem einen höheren Lohn garantieren zu lassen.

**Neumünster.** Die Behandlung der Arbeiter seitens der Betriebsleitung wird von Tag zu Tag schlechter. Jetzt haben sich die Herren Sommer und Wirkner dazu verstimmt, die 14tägige Kündigung abzuschaffen, jedenfalls sind sie durch die Gewerbegerichts-Urteile dazu gekommen. Wer sich jetzt dem Willen der Betriebsleitung nicht fügt, wird auf die Straße geworfen, es ist gleich, ob der Arbeiter ledig oder Familienvater ist, ob vom Ort oder von auswärts. Dem einzigen Maler, Familienvater von 10 Kindern, wurde der Wochenlohn gekündigt und ihm bedeutet, er könne im Stundenlohn weiterarbeiten, nur deswegen, weil er mit vorheriger Erlaubnis an einem Sonnabendnachmittag die Arbeitszeit versäumte. Sommers Taktik ist folgende: Familien möglichst von weitem herlocken, goldene Berge versprechen, Reise-Vorschuß geben, Verträge unterschreiben lassen, dann Nachschriften zusehen, wenn die Nachschrift unterschrieben wird, dann geht der Krach los. Ein Beispiel: Dem einzigen Brenner hat Sommer einen größeren Vorschuß gewährt, ersterer hat dafür seine Möbel verpfänden müssen, und jetzt hat Sommer die Nachschrift hinzugefügt, daß er berechtigt ist, ihm und seinen Kindern pro Woche 15 Mk. in Abzug zu bringen. Erstens knapper Verdienst, zweitens völlige Ausnutzung der Arbeitskraft, und dann von dem Wenigen bei den teuren Zeiten auch noch 15 Mk. abziehen, so sehen die goldenen Berge bei der Porzellan-Manufaktur G. m. b. H. Neumünster aus, es ist tatsächlich ein wahres Arbeiterparadies. Letzten Sonnabend wurden dem Brenner 6 Mk., seinen beiden Kindern 4 Mk. in Abzug gebracht, nur nach großem Krach und unter Drohungen, sofort mit der Familie aufzuhören, gab Herr Wirkner den Kindern 4 Mk. heraus. Kollegen, Kolleginnen, es ist tatsächlich eine ideale Arbeitsstätte, trotzdem Herr Wirkner sagt, wir wissen nicht, was wir machen sollen, denn wir bekommen keine Leute.

**Reichenbach.** Die „Altenburger Volkszeitung“ schreibt: Die Familie Weiß ist in den Porzellinerkreisen Deutschlands bekannt, da sie fast überall, wo gestreift wird, dem Unternehmer willkommenen Kausreißer ist und auch noch von dem Streit in Eisenberg in Erinnerung sein dürfte. Weiß ist Anfang Mai in Reichenbach bei der Firma Schwabe & Co. in Arbeit getreten und auch kurze Zeit darauf mit seiner Familie nach hier in das Familienhaus der Firma Schwabe & Co. übersiedelt. Nun scheint es aber so, daß bei den Unternehmern nur bei Streits solche Leute willkommenen Gäste sind, aber bei geregelten Verhältnissen sie sich eben auch nicht gern mit ihnen befassen. Um den Beweis zu erbringen, lassen wir folgendes Schriftstück, welches der Weiß an die Gemeindebehörde wegen Unterstützung gerichtet hat, folgen:

„An die

Gemeinde-Verwaltung zu Reichenbach.

Reichenbach, den 13. 6. 14.

Der Porzellanmaler Gottgetreu Weiß, geb. am 29. Dezember 1869 zu Goldlauter bei Suhl, verheiratet und besteht die Familie aus 10 Personen, wohnt bei Schwabe im Familienhaus: richtet hiermit folgendes Gesuch an die Behörde zu Reichenbach: Ich bin am 9. Mai 1914 mit meiner Familie nach Reichenbach verzogen und arbeite bei der Firma Schwabe. Ich befinde mich nun seit 2 Monaten mit meiner Familie in einer schweren Notlage, und werde durch die Firma Schwabe noch tiefer ins Unglück gestürzt. Da absichtlich wieder darauf hingewirkt wird, mich mit meiner Familie wieder zu verdrängen, und lassen mir nichts mehr verdienen, um meine Familie zu erhalten. Ich stehe jetzt gänzlich unbemittelt da, und bin weiteres Nahrungsmittel zu schaffen für meine Familie nicht mehr im Stand. Zugleich muß ich bemerken, daß mir Schwabe die Arbeit gekündigt hat und auf dieses Reichenbach mit meiner Familie verlassen muß. Ich stelle den Antrag an die Gemeinde-Verwaltung, festzustellen, wo ich hingehört und Heimatsberechtigt bin, mich und meine Familie hier aus dem Elend zu entfernen und mir Mittel und Wege schafft, daß die

erschende Not in meiner Familie ein Ende bereitet wird, und ich auf Grund dieses die Behörde anrufe. Bemerken Sie mir noch, daß ich Schwabe nun schon dreimal ersucht habe, in meiner Not 5 Mark auf meinen Wochenlohn abzugeben, daß ich Nahrung für meine Familie kaufen kann, aber es mir jedesmal von Schwabe mit Grobheit abgeschlagen wurde.

Unterzeichne Hochachtungsvoll

Gottgetreu Weiß."

Dieses Gesuch wurde selbstverständlich vom Gemeinderat abgelehnt. Das merkwürdigste an dieser Sache aber war, daß Herr Gustav Schwabe, welcher auch im Gemeinderat sitzt, sich zu dieser Sitzung entschuldigt hat, mit dem Bemerkten: er bitte die Angelegenheit Weiß, betr. Unterstützung, abzulehnen. In unserer Auffassung nach wäre es doch am Plage gewesen, unbedingt zu erscheinen, um Aufklärung zu schaffen, aber da man es lieber vorgezogen, nicht zu kommen, denn man hat sich wohl bewußt, daß auf kein Lob vom Gemeinderat zu rechnen war. Umso mehr wäre es aber angebracht gewesen, daß Gustav Schwabe in dieser Sitzung erschienen wäre, da er doch die Verdienste und Preise der Artikel in seinem Betriebe nicht als die schlechtesten bezeichnet, und demnach kein Grund vorläge, das Gesuch des Weiß zu berücksichtigen. Bei der Firma Schwabe & Co. ist ein steter Wechsel der Arbeiter immer zu verzeichnen gewesen: Wir hatten zeitweise ganz tüchtige Arbeiter und regelmäßige Steuerzahler da, aber wie lange denn? Das hat seinen Grund darin, daß der Betrieb der Firma Schwabe & Co. auch zu denen gehört, die von einem der Arbeiter dulden, daß er sich dem Porzellanarbeiterverband anschließt, und sollte es sich ja mal einer wagen und es kommt zu Ohren des Herrn Schwabe, da ist sein Schicksal besiegelt und er wird an die frische Luft gesetzt; selbst wenn es der tüchtigste Arbeiter ist, da könnten wir genügend Fälle aufzählen. Es liegt nun doch an der Arbeiterschaft bei Schwabe & Co., sich endlich mal aufzuraffen, sich Mann für Mann dem Porzellanarbeiterverband anzuschließen und auch Herrn Schwabe mal zeigen, daß sie nicht länger gewillt sind, sich bevormunden zu lassen und von ihrem Recht der Koalitionsfreiheit Gebrauch zu machen. Die Arbeiter müssen sich, sollte man meinen, an dem Vorkommnis ein Beispiel nehmen; sie müssen doch sehen, daß die Unternehmer bei Streiks und Aussperrungen zur Niederlegung der Arbeiter recht gern Arbeitswillige nehmen, aber dann weiterhin nichts mit ihnen gemein haben wollen. Das sollte ein Ansporn sein für alle, die ihrer Gewerkschaft noch fernstehen, sich ihr anzuschließen. Nur dann können bessere Verhältnisse eintreten, die zum Wohle der Arbeiter wie der Gemeinde sind. Wie uns noch mitgeteilt wird, hat Weiß, trotzdem es der Gemeinderat abgelehnt hat, Unterstützung in Höhe von 5 Mark auf Anweisung des Herzogl. Landratsamtes bekommen. Weiß soll auch gleich erklärt haben, daß das nicht viel wäre und er bald wieder kommen würde.

**Schmiedeberg.** Ein Beitrag zu den vollen Kompottschüsseln der Arbeiter. Als neulich in Hirschberg ein „Vaterländischer Arbeiterverein“ gegründet werden sollte, behauptete Herr Tierarzt Karger, daß in Deutschland für die Arbeiter bestens gesorgt sei. Wie recht Herr Karger hat, geht aus nachstehendem Falle deutlich hervor. Zwei Arbeiterinnen der hiesigen Porzellanfabrik, deren Besitzer Hunderttausende sein eigen nennt, konnten beim besten Willen nicht soviel verdienen, daß sie imstande waren, die hohen Logiskosten aufzubringen. Ganze sieben Mark verdienten sie pro Woche, während die Logiskosten 7,50 Mark betragen! In dieser Not kamen die Arbeiterinnen auf den Gedanken, die Lohnbücher zu fälschen, um sich dadurch eine höhere Einnahme zu verschaffen. Dies erreichten sie auch und erhielten im Laufe der Zeit 33 resp. 39 Mark mehr an Lohn. Der Krug geht jedoch nur solange zum Brunnen, bis er bricht. Dieses sollten auch die beiden Arbeiterinnen erfahren. Die Fälschung kam heraus und die Sünderinnen hatten sich wegen Urkundensälschung und Betrug vor der Strafkammer in Hirschberg zu verantworten. Die Verhandlung, die so recht ein Bild von den „vollen Kompottschüsseln“ gab, endete mit der Verurteilung der Angeklagten zu je zwei Wochen Gefängnis.

Der Staatsanwalt und Gerichtshof schien aber über die „gute Sorge“ für die Arbeiter in Deutschland besser unterrichtet zu sein, als der Herr Tierarzt Karger. Die beiden Angeklagten sollen zum Strafausschub empfohlen werden. Dies ist ein Beweis dafür, daß das Gericht überzeugt war, daß die Angeklagten die Handlungsweise nur deshalb begangen haben, weil sie mit den Hungerlöhnen — die Gebietsregierung“ bestreitet ja, daß es überhaupt Hungerlöhne gibt — ihren recht schneidenden Unterhalt nicht decken konnten. Es

ist tatsächlich herrlich auf der Welt eingerichtet. Während die Kapitalisten nicht wissen, auf welche Art sie sich das Leben so angenehm wie möglich machen können, müssen die Arbeiterinnen, um nur den nötigsten Unterhalt fristen zu können, zu Betrügerinnen werden. Und das nennt man göttliche Weltordnung.

**Schmiedeberg.** Wieder einmal die Porzellanfabrik. „Solange ich am Ruder bin, gibt es keine zehnstündige Arbeitszeit!“ sagte einmal der verstorbene Direktor Bretz in der Pohl'schen Porzellanfabrik! Nun scheint man aber zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß eine kurze Arbeitszeit auch für den Unternehmer nutzbringend wirkt, denn man hat nicht nur die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, sondern man will diese mit Anfang der nächsten Woche sogar auf 9¼ Std. festsetzen, indem man die Frühstückspause um ¼ Stunde kürzt und die Vesperpause ganz streicht, so daß dann um 5¼ Uhr Feierabend ist. Ob eine derartige Kürzung der Pausen (auch für jugendliche Arbeiter) zulässig und die Arbeiterschaft dabei existieren kann, danach fragt die Verwaltung nicht. Gerechter wäre es von der Firma gehandelt, wenn sie gegen einen dementsprechenden Lohnausgleich die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Auch hat man die Arbeiterschaft so gut wie gar nicht gefragt, ob sie mit derartigen Maßnahmen einverstanden ist. Es wird einfach bekannt gemacht, und wer sich nicht fügt, der fliegt! Reichen dann die billigen Arbeitskräfte wieder einmal nicht aus, so schickt man einfach einen Aufseher unter hohen Kosten nach Oberschlesien, der dann unter allerhand Versprechungen das nötige Menschenmaterial herbeischafft. Recht traurige Erfahrungen mußten erst vor kurzem zwei Gleiwitzer Mädchen machen, die sich in guter Stellung befanden, aber durch hohe Lohnversprechungen sich bereden ließen, nach hier zu kommen. Anfangs erhielten sie mit Mühe und Not die versprochenen 17 Pfennige Stundenlohn. Später mußten sie im Akkord arbeiten. Der ihnen zugesicherte hohe Akkordlohn belief sich auf ganze 3,50 bis 3,90 Mark pro Woche, so daß sie, statt Geld an ihre Mutter und Geschwister senden zu können, für die sie mit sorgen müssen, von diesen Geld verlangen mußten, um nicht Schulden zu machen. In den Inseraten der Firma aber heißt es, daß 15 Mk. Wochenlohn für die weiblichen Arbeiter gezahlt werden. Auch mit der Gewerbeordnung scheint man es nicht so genau zu nehmen. So soll z. B. für 12 Stanzer, 40 Puzer und 60 Glasurer auf 14 Tage die Erlaubnis zur Ueberzeit erteilt worden sein. Trotzdem muß aber auch im Packzimmer 11 Stunden gearbeitet werden, was gesetzlich nicht zulässig ist. Daß trotz aller behördlichen Kontrolle noch soviel Mißstände vorhanden sind, ist für den Eingeweihten im Betriebe kein Rätsel. Denn das Erscheinen des Gewerbeinspektors ist meist stundenlang zuvor bekannt und wird jedes Hindernis beseitigt. Auch hat sich noch keine Behörde gefunden, die dafür sorgte, daß die Rauchbelästigung und der ekelregende Gestank beseitigt und die Aborte im alten Bau in einem besseren Zustande erhalten würden.

**Oesterreich.** Am 16. und 17. Juni 1914 fand im Handelsministerium in Wien eine Enquete statt, welche sich mit einem Entwurfe von Vorschriften zur Verhütung von Bleierkrankungen in gewerblichen Betrieben, in welchen Arbeiten zur Herstellung oder Verzierung von Tonwaren aller Art erfolgen, befaßte. Der Entwurf umfaßt 19 Paragraphen, die sich auf das teilweise Verbot bleihaltiger Glasuren, auf die Beschaffenheit und Reinigung der Arbeitsräume, in denen bleihaltige Glasur hergestellt wird, auf die Verwendung jugendlicher Arbeiter bei Verarbeitung bleihaltigen Materials und auf sonstige Vorschriften erstrecken.

Die Arbeiterschaft der Porzellan- und Steingutindustrie vertraten unsere Genossen Palme, Franz Frech aus Wilhelmsburg und Karl Hoße aus Turn. Die Tonarbeiter vertraten die Genossen Da-Rin, Adolf Demel, Ferdinand Filipp und Johann Znoj, die chemischen Arbeiter Karl Zehmann, die separatistischen Tonarbeiter Josef Kondela aus Prag.

Die Porzellanarbeiterschaft Oesterreichs erwartet von der Regierung, daß diese Verordnung in entsprechend verbesserter Form recht bald das Licht der Welt erblickt.

## Hus anderen Verbänden

**Die Glasarbeitersperrung in der Lausitz beendet.** Der Kampf in der Lausitzer Glasindustrie ist durch nachstehenden in Dresden abgeschlossenen Vergleich zu Ende geführt:

Zwischen dem Schutzverband Deutscher Glasfabriken in Dresden und dem Zentralverband der Glasarbeiter, vertreten

durch ihre Vorstände, ist am 18. Juni in Dresden folgendes vereinbart worden: Die Aussperrung unterbleibt und die bereits bestehende Aussperrung in Gruppe 3 des Schutzverbandes der Glasfabriken wird am 4. Juli aufgehoben, ebenso nehmen die ausgesperrten und die streikenden Arbeiter bis zum 4. Juli die Arbeit wieder auf, nachdem dafür folgende Voraussetzungen erfüllt sind: Die Arbeitszeit beträgt in Rauscha, Kohlsurt und in allen denjenigen Betrieben, wo sie bisher in dieser Ausdehnung bestanden hat,  $9\frac{1}{2}$  Stunden. Die Parteien erklären sich bereit, am 1. Oktober über eine Regelung der Arbeitszeit und über die Aufstellungen von Richtlinien, nach denen künftig entstehende Differenzen erledigt werden sollen, in Unterhandlungen zu treten. Die Rauschaer Fabrikanten halten die den Arbeitern freiwillig bereits gemachten Zugeständnisse aufrecht, wohingegen von den Arbeitern die darüber hinausgehenden Lohn- und sonstigen Forderungen fallen gelassen werden. Der Schutzverband der Glasfabriken verpflichtet sich, für die Zeit bis 1. Oktober Angriffe auf die Interessen der Arbeiter oder Verschlechterungen der bestehenden Arbeitsbedingungen zu verhindern.

**Der Buchbinderverband im Jahre 1913.** Wie so manche andere Gewerkschaft hat nach dem soeben herausgegebenen Bericht seines Vorstandes auch der Buchbinderverband im Jahre 1913 einen Mitgliederrückgang, wenn auch einen sehr kleinen, zu verzeichnen. Ein Verlust von 51 Mitgliedern will bei einem Bestand von 16 777 männlichen und 16 500 weiblichen = 33 277 Mitgliedern nicht viel besagen, zumal seit 1901 der Verband stets eine Zunahme seiner Mitgliederzahl hatte. Im Bericht wird darauf hingewiesen, daß eigentlich nach den steigenden Exportziffern das Jahr 1913 hätte ein Rekordjahr sein und die Arbeitslosigkeit zurückweichen müssen. Das Gegenteil aber war der Fall, denn für Arbeitslosenunterstützung mußte die absolut höchste Summe irgend eines Berichtsjahres, nämlich 211 977 Mk. inkl. der Ausgaben der Lokalkassen ausgegeben werden. Die Gesamtausgaben für die Lohnbewegungen betragen 111 176 Mk.

Außer der Arbeitslosenunterstützung, für die die Hauptkasse 167 865 Mk. verausgabte, hatte sie als nächstgrößte Unterstützung noch 99 250 Mk. für Kranke zu zahlen. An humanitären Unterstützungen — ohne Streitunterstützung — wurden insgesamt 288 854 Mk. ausgegeben. Die gesamten Einnahmen der Verbandskasse — ohne die Einnahmen der lokalen Kassen — betragen 816 460 Mk., die gesamten Ausgaben, ohne Einschluß der Lokalkassen, 637 508 Mk. Die Lokalkassen hatten eine Einnahme von 274 375 Mk. und eine Ausgabe von 206 466 Mk. Das Verbandsvermögen betrug am Jahreschluß 1 379 670 Mk., davon in der Verbandskasse 964 606 Mk.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1913.** Annehmbare Erfolge hatte genannter Verband im Jahre 1913 erzielt. Es wurde erreicht: für 11 013 Beteiligte je 4,9 Stunden Arbeitszeitverkürzung, für 35 367 Beteiligte durchschnittlich 1,36 Mk. Lohnerhöhung wöchentlich und für 32 604 Beteiligte sonstige Verbesserungen, wie Ueberarbeitszeitzuschläge, Einführung oder Verbesserung von Sommerurlaub, Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen, bei militärischen Lebnungen und kürzeren Versäumnissen, Ruhesold und Hinterbliebenenversorgung, günstige Ausgestaltung der Arbeitsordnungen usw. Von den Lohnbewegungen wurden 97,9 Proz. ohne und 2,1 Proz. mit Arbeitseinstellung geführt.

Die Mitgliederzahl hat nicht den gewohnten größeren Aufstieg erfahren. Nach dem Jahreschluß 1913 gegenüber dem von 1912 berechnet, betrug der Zuwachs der buchmäßigen Mitglieder 2842, der der zahlenden 810, im Jahresdurchschnitt hingegen 2938 buchmäßige und 2244 vollzahlende. Der buchmäßige Mitgliederbestand am Jahreschluß 1913 war 53 925. An Einnahmen waren zu verzeichnen: 1 481 964 Mk., an Ausgaben: 1 207 595 Mk., sodaß 274 369 Mk. Ueberschuß verblieb und dieser mit dem bisherigen Vermögensstand in der Hauptkasse und in den Filialen zusammen 1 121 222 Mk. ausmacht.

Erwähnt sei noch, daß die Mehrzahl der Mitglieder Gemeindearbeiter sind. Staatsarbeiter kommen, sofern die von den drei Hauptstädten Beschäftigten als Gemeinde- und nicht als Staatsarbeiter bezeichnet werden, rund 2100 in Betracht. Von den Stadtverordnungen werden zurzeit rund 180 000 Arbeiter beschäftigt. Von diesen gehören 51 819 dem Gemeindearbeiterverband = 28,8 Proz., 8866 = 6,7 Proz. anderen freien Gewerkschaften und 10 273 = 7,7 Proz. gegnerischen Organisationen an.

**Das sächsische Oberlandesgericht über die Volkfürsorge.** Das Schöffengericht Dresden hatte den Einberufer einer lichen Versammlung zur Erörterung über „die Schäden kapitalistischen Volksversicherungen und ihre Reform durch die Volkfürsorge“ zu 10 Mt. Strafe verurteilt.

Das Landgericht Dresden hob als Berufungsinstanz das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, weil es sich um keine politische Versammlung gehandelt habe. Da sich die Oberstaatsanwaltschaft nicht beruhigte, sondern den Angeklagten Klagen gegen die Versammlungsleiter, die Mitglieder der Versicherungsgesellschaften, Generallandschaftsdirektors Kapp, so Revision einlegte, hatte das Oberlandesgericht die Sache zur Prüfung. Die schriftliche Ausfertigung des am 8. April ergangenen Urteils liegt jetzt vor, und die Entscheidung ist besonders nach der Richtung interessant, wie das Oberlandesgericht die Volkfürsorge beurteilt. In den Urteilsgründen heißt es darüber:

Das Lebensversicherungsgeschäft der Aktiengesellschaft für die Volkfürsorge ist nun zweifellos eine volkswirtschaftliche Angelegenheit. Begrenzt es sich auf seinen eigentlichen Zweck und sucht diesen auf dem Boden und mit Hilfe der bestehenden Gesetzgebung, hier das Reichsgesetz vom 12. Mai 1901 über die privaten Versicherungsunternehmungen, zu erreichen, so ist es insoweit von einer unmittelbaren Berührung oder Beeinflussung des Staates als solchem nicht die Rede sein, und zwar, das Landgericht mit Recht hervorhebt, sogar dann nicht, wenn die freien Gewerkschaften und Genossenschaften sozialdemokratische Parteiorganisationen wären und die von ihnen als Lebens gerufene Volkfürsorge vermöge ihrer finanziellen Kraft zugleich die Ziele der Sozialdemokratie unterstützte.

Da die Gründer der Volkfürsorge und deren Vertreter nie eine andere Absicht gehabt haben, als ihr Versicherungsunternehmen allen Leuten, die sich bei Versicherung in Lebens sichern wollen vor den Nachteilen der privaten Versicherungsgesellschaften, ohne Unterschied ihrer politischen und religiösen Anschauung, zur Verfügung zu stellen und die Reform der Volksversicherung zu fördern, erweisen sich die von uns bestehenden Rechtsgrundsätze entsprechenden Entscheidung des sächsischen Oberlandesgerichts alle Schikane und Verdächtigungen der Volkfürsorge als unlautere Konkurrenzmanöver!

**Der deutsche Arbeitsmarkt im Mai 1914** zeigte nach der vorläufigen Mitteilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes auf Grund der Berichte für das „Reichs-Arbeitsblatt“ gegenüber dem Vormonat im allgemeinen eine geringe Zunahme des Beschäftigungsgrades, bei der Großindustrie zum Teil eine Abnahme. Nach den Berichten von 16 größeren Arbeitsverbänden mit zusammen 1 790 850 Mitgliedern waren Ende Mai 1914 42 309 oder 2,5 v. H. der Mitglieder arbeitslos gegenüber 26 v. H. Ende April 1914. Ende April auf Anfang Mai pflegt die Arbeitslosigkeit etwa auf gleicher Höhe zu verharren. Der Rückgang der Arbeitslosenziffer ist aber zu gering, um daraus auf eine nennenswerte Erleichterung der noch immer gedrückten Lage des Arbeitsmarktes schließen zu können. Von April bis Mai 1913 war allerdings die Bewegung der Arbeitslosigkeit ungünstiger, die Arbeitslosenziffer stieg von 2,1 v. H. auf 2,3 v. H.

Die Porzellanindustrie für Gebrauchsgeschirre hatte eine befriedigende Beschäftigung.

Uersammlungs-Berichte etc.

**Kahla.** Die Zahlstellenversammlung vom 4. Juli beschäftigte sich nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten in der Hauptsache mit dem in München stattgefundenen Gewerkschaftskongress und mit der Generalversammlung unseres Verbandes. Bezüglich der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses bedauert die Versammlung, daß die Anträge, aus den verschiedensten Orten und von den verschiedenen Gewerkschaften gestellt, Einrichtung und Finanzierung von Bezirkssekretariaten durch die Generalkommission fordernd, nicht Annahme gefunden haben. Bezüglich der Grenzstreitigkeiten erklärt sich die Versammlung mit den Ausführungen des Gen. Legien einverstanden. Zum Punkt Generalversammlung wird der Verwaltung aufgegeben, einen Antrag zu formulieren, welcher die Bestimmungen des § 18 des Verbandsstatuts präzisiert, damit einmal die sich ergebenden Unklarheiten beim Bezug von Fahrgebern beseitigt werden. Ein Kandidat zur Generalversammlung wird Gen. Weinhardt einstimmig vorgeschlagen.

Der Vorsitzende verweist noch auf das am 12. Juli stattfindende Vereinsfest und fordert zu vollzähliger Beteiligung auf. Antritt Rosengarten. Ferner gibt er bekannt, daß die Verwaltung am Montag, den 19. Juli einen Ausflug nach Eisenberg zum dortigen Vereinsfest unternimmt und erwartet ebenfalls eine Beteiligung Mitglieder.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir die Kollegen der auswärtigen Stellen daran erinnern, daß sie sich, wenn einmal hiesige Kollegen dort kommen und sich vom Verband unterhalten, immer die kleinen Ausweiskarten, welche bis zum letzten Monat abgestempelt sein sollen, vorzeigen lassen sollen. Es ist uns nämlich bekannt geworden, einige frühere Mitglieder und jetzige extreme Gegner des Verbandes verhalten sich bei den Kollegen sich brüsten mit der Mitgliedschaft, gewissermaßen Schindluder treiben mit derselben. Deshalb die genannte Maßregel notwendig ist. Die hiesigen Mitglieder aber sollen wir, bei Ausflügen nach auswärts immer ihre Ausweiskarte mit sich zu führen und im übrigen für deren ordnungsgemäße Abgabe durch den Kassierer Sorge tragen zu wollen.

**Berlin.** Bericht des Arbeitsnachweises pro 2. Quartal 1914.

vom 1. Quartal	17 Kollegen	April	Mai	Juni	Summa
Arbeitslose		22	21	20	63
ne Stellen		38	31	24	93
ste Stellen		22	20	20	62
besetzte Stellen		16	11	4	31
Beschäftigung gefunden		1	—	1	2
Arbeitslosen		—	2	2	4
Arbeitslos geblieben		2	3	4	9

Ausfall an Arbeitslohn und Arbeitstagen nach neunstündiger Arbeitszeit und 33 Mt. Minimallohn.

Kollegen	Ausfall an Arbeitstagen		Ausfall an Lohn	
	Tage	pro Kopf	M	¢
26	189	7 Tg. 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Std.	1039	50
27	225	8 Tg. 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Std.	1243	—
27	337	12 Tg. 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Std.	1853	50
Summa	80	752	4136	—

Stellen wurden besetzt:

Porzellan	Kunstgew.	Emaillé	Schilder-maler	Summa
2	1	—	19	22
1	3	1	15	20
1	1	—	18	20
Summa	4	5	52	62

**Schwarzenberg-Grünhain.** Daß Arbeiterfeste nicht bloße Feiern und gedankenloses Genießen darstellen, zeigte wieder unser langjähriges „Erzgebirgisches Sommerfest“. — Zahlreich hatten sich Kollegen und Kolleginnen eingefunden und ein stattlicher Zug zog sich vom Auer-Bahnhof durch das herrliche Schwarzwaldfertal nach Schwarzenberg, wo nach einem gemeinsamen Mittagmahl im „Liederkreis“ dem Tanzvergnügen gehuldigt wurde. — Vom prächtigsten Fest begünstigt, herrschte vom Anfang bis zum Schluß die frohe Stimmung. Den Glanzpunkt aber bildete die Festrede unseres Vereinsleiters Genossen Hirsch, anknüpfend an die treffliche Begrüßung des Genossen Kreschmar-Schwarzenberg, darauf hinweisend, wie ein Fest der Kollegialität und Solidarität, erst ermöglicht werden kann durch das gemeinsame Band der Organisation, wie gerade dadurch das Fest einen ersten Hintergrund erhält, wie wir neue Kraft zu den Kämpfen aus ihm schöpfen sollen, um den sehnlichsten Wunsch der Scharfmacher zu machen, durch Zerspaltung in den Reihen der Arbeiter, dieselben in dauernder Knechtschaft und Unterdrückung zu erhalten. An markanten Beispielen zeigte Redner die Widersprüche unserer Wirtschaftsordnung. Auf der einen Seite unserer Besitz an Grund und Boden und aller Produktionsmittel, auf der anderen Seite der Kampf ums tägliche Brot, ums nackte Leben mit Elend und Not. Er wies er darauf hin, wie eine Gesellschaftsform, welche sich auf die Suche nach und nackten persönlichen Egoismus aufbaut, dem Untergang verurteilt ist, wie man sich wundern müsse, angesichts der herrschenden Ungerechtigkeiten, daß sich Millionen arme Besitzlose von einem kleinen kleinen Besitzender regieren, ausbeuten und über ihre Geschicke entscheiden lassen. — Die Anwesenden sollen sich das Versprechen geben, mit allen Kräften für eine Beseitigung dieser Mißstände zu wirken, kein Opfer zu scheuen, im Bewußtsein, für das höchste und schönste Ziel zu kämpfen, für die Befreiung der gesamten Menschheit. — Wir sollen wir uns umso fester unserer Organisation anschließen und dafür werben, damit sich auch in Zukunft an ihr, die weniger die Zahl als durch ihre Härte sich hervorhebt, die Scharfmacher ihren Schädel einrennen. Mit dem auffordernden Gedicht „Agitiert“ schloß der Redner seine mit Begeisterung aufgenommenen Ausführungen, welche allen Teilnehmern ein Ansporn bleiben mögen, in Erinnerung an die verlebten Stunden eifrig für unsere Sache in Haus und Fabrik zu wirken.

**Stafel.** Unsere Zahlstellenversammlung am 27. Juni konnte den hiesigen Verhältnissen entsprechend eines ziemlich guten Besuchs erfreuen. Es ist auch wirklich höchste Zeit, daß endlich die Kollegen ihre Verbandsinteressen mehr wahren, als bisher; nur durch gutes Beispiel kann auf die einheimischen und ländlichen Arbeiter eingewirkt werden.

Eine reichhaltige Tagesordnung war zu erledigen. Da der Vorstand des Vorsitzenden vakant war, mußte eine Neuwahl vorgenommen werden. Kollege Heinrich Rück wurde fast einstimmig gewählt. Eine rege Diskussion gestaltete sich bei dem Punkte „Stellungnahme zum Verbandsstake“. Von allen Rednern wurde besonders die Gauleitung lebhaft besprochen und als dringend notwendig erachtet, die Anstellung eines Gauleiters für Rheinland-Westfalen auf dem Verbandstage endgültig perfekt wird. Auch wurde das Halbsperrenem als nicht recht förderlich für den Verband gehalten und soll die

Generalversammlung hierzu Stellung nehmen. Ein diesbezüglicher Antrag der Zahlstelle wird dem Verbandstage unterbreitet. Auf Aufstellung eines Kandidaten wurde verzichtet, da doch wenig Aussicht vorhanden ist, selbigen durchzubekommen. Dadurch soll eine allzu-große Stimmenzersplitterung vermieden werden.

Zur Konferenz des Agitationsbezirks Rheinland-Westfalen in Köln wurde Kollege Rück delegiert. Im Laufe dieses Monats soll eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung stattfinden, zwecks Agitation. Der Kartelldelegierte machte auf die neugegründete Zentral-Bibliothek in Limburg aufmerksam und ersucht die Kollegen, recht oft die dortigen Bücher in Gebrauch zu nehmen. Nachdem noch einige Betriebsangelegenheiten zur Sprache gekommen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Appell an die Mitglieder, recht kräftig für unsere Sache zu arbeiten, alle persönlichen Anfeindungen zu unterlassen; zu versuchen, immer neue Mitglieder in unsere Reihen zu bringen, damit auch hier in Staffel einmal andere Verhältnisse geschaffen werden können.

**Waldenburg.** Zuschußkasse deutscher Porzellanmaler. Kassenabschluß pro 2. Quartal 1913/14.

Einnahme.	
Beiträge	1 704,50 Mt.
Kapitalverkehr	1 325,58 "
Außerordentliche Einnahmen	—,10 "
Kassenbestand vom 1. Quartal	24 353,25 "
<b>Summa</b>	<b>27 383,43 Mt.</b>

Ausgabe.	
Krankengeld	1 753,75 Mt.
Sterbegeld	37,50 "
Kapitalverkehr	1 419,76 "
Verwaltung der Zahlstellen	79,47 "
Verwaltung der Hauptkasse	13,45 "
Außerordentliche Ausgabe	15,— "
Kassenbestand	24 064,50 "
<b>Summa</b>	<b>27 383,43 Mt.</b>

**Vermögensübersicht.**

Spartassenbuch Nr. B. 101	20 748,64 Mt.
Spartassenbuch Nr. 832	2 667,89 "
Aushilfe an die Zahlstellen	595,59 "
Barbestand	52,38 "
<b>Summa</b>	<b>24 064,50 Mt.</b>

Mitgliederbestand: 487.  
Herm. Schubert, Kassierer.

**Adressen-Henderungen**

- Neumünster.** Rff. Kurt Sonntag, Christianstr. 38p. Sprechzeit abends 7 bis 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.
- Schramberg.** Ro. Wilhelm Halter, Dr., Gartenstr. 20.
- Staffel.** Wf. Heinrich Rück, Dr., Koblenzerstr. 98.
- Cettau.** Schf. Josef Hirschte, Nr. 129.

**Versammlungs-Anzeigen**

- Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.**
- Annaburg.** Sonnabend, 11. Juli, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Bed.
  - Berlin.** Freitag, 10. Juli, 8 Uhr, Verwaltungssitzung im Büro. — Montag, 13. Juli, 7 Uhr, Figurenbranche. Adalbertstr. 21. — Montag, 13. Juli, 6 Uhr, Emaillébranche. An der Stralauerbrücke 3. — Sonnabend, 18. Juli, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Zahlstellenversammlung. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. In allen Sitzungen: Stellung von Anträgen zur Generalversammlung und Diskussion derselben.
  - Bunzlau.** Sonnabend, 18. Juli, punkt 8 Uhr, im Deutschen Reich.
  - Charlottenburg.** Sonnabend, 18. Juli, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Volkshaus. Delegiertenwahl.
  - Golditz.** Sonnabend, 11. Juli.
  - Frankfurt a. Oder.** Montag, 13. Juli, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal. Wichtige Tagesordnung.
  - Fraureuth.** Sonnabend, 11. Juli, 8 Uhr, in Volkstädts Restaurant.
  - Freienorla.** Sonnabend, 11. Juli.
  - Gräfenhain.** Montag, 27. Juli, 5 Uhr, im Gasthaus zum Steiger. Delegiertenwahl.
  - Gräfenhain.** Sonnabend, 18. Juli, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Fisch. — Lippelsdorf. Montag, 20. Juli, gleich nach Fabrikschluß. Wichtige Tagesordnung.
  - Könitz.** Sonnabend, 11. Juli, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in der Bergschloßbrauerei.
  - Leipzig.** Sonnabend, 11. Juli, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Volkshaus, Zeigerstr. 32.
  - Mannheim.** Sonnabend, 11. Juli, bei W. Ringinger, S 7. 24.
  - M.-Gladbach.** Sonnabend, 11. Juli, gleich nach Feierabend, bei Heinen, Wallstr. 13.
  - München.** Sonnabend, 18. Juli, punkt 8 Uhr, im goldenen Lamm, Zweigstr. 4.
  - Neustadt, b. Cob.** Sonnabend, 11. Juli, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
  - Nürnberg.** Sonnabend, 11. Juli, punkt 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung. Abschluß, Kartellbericht, Delegiertenwahl.

**Pottschappel.** Sonnabend, 18. Juli, 5 Uhr, im Bürger-Casino.  
**Schwarzenberg.** Sonnabend, 11. Juli, 8 Uhr, im Wettiner Hof.  
 Abschluß. Mitgliedsbücher mitbringen.  
**Stadtfilm.** Sonnabend, 11. Juli, 8 Uhr, im Schießhaus.  
**Unterpörlitz.** Sonnabend, 18. Juli, 8 Uhr, in der Sonne.  
**Weiden.** Sonnabend, 18. Juli, 8 Uhr, in der Sonne.

## Anzeigen



Die grosse  
**Fachzeitschriftenschau**  
 auf der Buchgewerblichen Welt-  
 Ausstellung Leipzig 1914,  
 Mai-Oktober, bringt zum Aushang  
**Die Ameise**

**Zur Beachtung!** Die Kassierer folgender Zahlstellen geben den Termin des Abschlusses des 2. Quartals bekannt und ersuchen um Begleichung der Beiträge und Entnahme der Pflichtstreifen bis spätestens zu dieser Frist: **Arzberg** bis 11. Juli, **Mannheim** bis 11. Juli, **Neubaus** Ars. Sonneberg bis 11. Juli, **Schney** bis 11. Juli, **Staffel** bis 11. Juli, **Suhl** bis 11. Juli, **Annaburg** bis 12. Juli, **Cöln** bis 12. Juli, **Gräfenenthal** bis 12. Juli, **Zwickau** bis 12. Juli, **Frankfurt, Oder** bis 18. Juli, **Marktrechwitz** bis 18. Juli, **Neustadt bei Cob.** bis 18. Juli, **Schmiedefeld** bis 18. Juli, **Unterpörlitz** bis 18. Juli, **Weiden** bis 18. Juli, **Colditz** bis 19. Juli, **Waldsassen** bis 19. Juli.

### 19. Agitationsbezirk u. Vorort Schramberg.

Am Sonntag, den 12. Juli, vormittags 10 Uhr, findet in Karlsruhe, Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: 1. Geschäftliches 2. Jahresbericht 1913/14. 3. Unsere zukünftige Agitation. 4. Generalversammlung und Anträge hierzu. 5. Berichte der Zahlstellen (schriftlich mitbringen) 6. Verschiedenes. Hierzu mögen sämtliche Zahlstellen ihren Vertrauensmann entsenden; ebenso können zu Punkt 4 auch die Zahlstellen der Wahlgruppe 27 vertreten sein.  
 Die Agitationskommission.

### Dresden — Pottschappel — Radeberg.

Sonntag, den 12. Juli, vorm. 11 Uhr, im Saale des Dresdener Volkshauses gemeinsame Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Berichterstattung vom Gewerkschaftskongress. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig!

**Colditz.** Die Namen derjenigen Mitglieder, welche länger als 13 Wochen restieren, werden laut Versammlungsbeschluss bekannt gegeben.  
 Der Kassierer.

**Kleindembach.** Wir machen die durchreisenden Kollegen darauf aufmerksam, daß hier keine freiwillige Unterstützung gezahlt wird. Ganz besonders bitten wir, Verwaltungsmitglieder nicht im Betriebe aufzusuchen.  
 Die Verwaltung.

**Könitz.** Sonnabend, den 11. Juli, abends 8 Uhr findet in der Bergschloßbrauerei Zahlstellenversammlung statt. Hierzu werden sämtliche Mitglieder von König und Boehmed freundlichst eingeladen.  
 Die Verwaltung.

**Neumünster.** An durchreisende Kollegen kann bis auf weiteres keine Unterstützung gezahlt werden.

**Selb.** Das Bureau der Zahlstelle befindet sich ab 1. Juli in der Gartenstraße 35, im „Jugendheim“. Die Verwaltung.

**Suhl und Goldlauter.** Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 2 Uhr in Tombergs Ansicht eine kombinierte Versammlung stattfindet, wozu sämtliche Mitglieder beider Zahlstellen erscheinen müssen.

**Hebelsmarkt**

Arbeitslos u. Arbeitslos  
 - - - - -  
 - - - - -  
 - - - - -

Effekten-Beförderung nur  
 bei Porto-Einzufügung

**Maler und Dekorateur.** bewandert in Fond, Schablone und Dekor, sucht baldigst Stellung. Offerten unter 150 an die Ameise erbeten.

**Flotter Retoucheur** für Kunstkeramiken, Gips und Porzellan, bewandert im Modellieren von Scherbenmodellen für Kunstkonferenzen, sucht dauernde Stellung. Würde auch leitenden Posten übernehmen. Offerten unter 150 an die Ameise.

Preis der Zeitschriften  
 Petitzeile 30 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorauszahlung  
 ist Bedingung

**Wo?** verkauft man am vorteilhaftesten **Goldabfälle**?  
 Nur beim Verbandskollegen  
**Karl Fränzel, Pottschappel b. Dresden, Weiheritzstr.**

**Goldabfälle** jeder Art, Goldlappen, Goldwatten, Schmelzgold, Rehrgold schmilzt und kauft höchstzahlend  
**E. Hecht, Berlin N., Weinbergsweg 12, 1**  
 Telephon Amt Norden 7487.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle

Zahle  
 well  
 grossen  
 Umsatz  
 höchste  
 Preise



Goldschmied  
 kauft

Reelle schnelle Bedienung  
 Osterwelschstrasse 32.

Otto Seifert, Zwickau S.

Edel-  
 Metall-  
 Schmelz-  
 Gerühr-  
 1896

### Goldschmiedere, Goldabfälle

goldhaltige Lappen, Wsche, Watte, Stupfer, Pinsel, Rehrgold, leere Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold n. Goldkurs angekauft, also höchste Zahlung, bei sofortiger Kasse. Reelle Bedienung zugesichert. Großer Umsatz, daher höchste Preise. Wir neue Anerkennungen und Empfehlungen für reelle Bedienung. Nehmen auch alten Goldschmied in Zahlung.

**M. Köhler, Dresden, Wettinerstr. 20. Scheide-Anstalt.**

### Alle Gold-, Silber- und Platinabfälle

wie Flaschen, Napfe, Paletten, Schmiere, Lappen, Pinsel, Wsche sowie auch alle Goldabfälle vom Blattgold werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

**H. Haupt, Dresden-N., Serrestrasse 10.**  
 Gold- und Silberscheideanstalt.

**Herr Kollege,** warum schicken Sie ihre **Goldabfälle** nicht zu mir? Machen Sie sofort einen Versuch. Wie, bis jetzt einen Versuch machten, sind meine ständigen Kunden geworden.  
 Mit kollegialem Gruß  
**H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.**

**Goldschmiedere, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen** kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.  
**Emil Böhme, Eilenberg S.-H.** Ältestes Geschäft dieser Art.  
 NB. Empfehle ff. Glanzgold. 10 Gr. 3,50 Mk.

**Goldschmiedere,** Goldflaschen und alle in der Berggoldere vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung  
**Oskar Rottmann, Stadtfilm i. Thür.**

**Werkstattschuhe, Sandalen, Pantoffeln**

nsw. äußerst dauerhaft und zu billigsten Preisen, liefert



**F. Girbardt, Ilmenau i. Thüringen.** Ausführliche Preisliste frei

**Gold-, Silber- und Platinabfälle** als Schmiere, Wsche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Napfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend  
**Max Haupt, Dresden-N., Bönischplatz 17.**

**Goldschmiedere, Goldlappen, Goldsche,** und sonstige goldhaltige Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung  
**Martin Kaufmann, Zwickau i. S., Bahnhofstr. 14**

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
 Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 3.  
 Verlag: Wilhelm Herden Charlottenburg, Rosinenstr. 3.  
 Druck von Otto Goertz, Charlottenburg, Wallstraße 22